



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
26.10.2024 DIE RHEINPFALZ - Speyerer Rundschau: Atommüll: Zwischenlager „bis mindestens 2077“	4
26.10.2024 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Hardt: Zwischen Resignation und Zweifel	5
26.10.2024 Freie Presse - Auer Zeitung: Forschung für Atommüll-Endlager	7

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Monika Eisele
Seite: 19
Ressort: Region
Seitentitel: REGION
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2024
Nummer: 250
Auflage: 11.964 (gedruckt)¹ 15.005 (verkauft)¹
15.141 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,043 (in Mio.)²

¹ IVW 2/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Atommüll: Zwischenlager „bis mindestens 2077“

Philippsburg. Für mindestens mehr als 50 weitere Jahre müssen sich die Einwohner von Philippsburg und Umgebung auf die Zwischenlagerung von Atommüll auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks einstellen. Das geht aus der Äußerung eines Vertreters der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) während einer Informationsveranstaltung am Mittwochabend hervor.

Von Monika Eisele

„Wir werden auch 2077 noch kein Endlager haben“, sagte Michael Hoffmann (BGZ) bei einem gemeinsamen Bürgerdialog mit der Energie Baden-Württemberg (EnBW) in Philippsburg. Etwa 50 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, Informationen zur Lagerung von Castoren aus der Wiederaufbereitung zu erhalten.

Wie berichtet, werden vier dieser Behälter noch in diesem Jahr von Frankreich nach Philippsburg gebracht. Route und Termin sind aus Sicherheitsgründen geheim. Der Transport wird aber wohl

nicht vor dem 8. November starten. Denn die Stadt Philippsburg hat einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt. Es solle prüfen, ob die Belange der Bundesrepublik höher zu bewerten sind als die der Stadt Philippsburg, erläuterte Bürgermeister Stefan Martus. Die Entscheidung soll am 8. November fallen.

Genehmigt ist das Zwischenlager (ZL) bis 2047. Zuvor muss die BGZ neue Nachweise zur Sicherheit des Lagers und der eingelagerten Castoren vorlegen. „Wir wollten keine Endlager an den Standorten. Deshalb wurde die poli-

tische Entscheidung getroffen, die ZL auf 40 Jahre zu genehmigen“, erklärte Hoffmann. Entsprechend hätten sich die Untersuchungen dazu auf diesen Zeitraum beschränkt. Ob eine längere Lagerung möglich sei, sei nicht untersucht worden. Daran werde derzeit gearbeitet. Auf Nachfrage Martus' nannte Hoffmann den 18. März 2007 als Datum für den ersten angelieferten Castor. Gefüllt worden sei er aber schon am 1. Oktober 2001, ergänzte Klaus Wiesner vom baden-württembergischen Umweltministerium.

Wörter: 260

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: Heike Schaub
Seite: 26

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 8.259 (gedruckt)¹ 8.598 (verkauft)¹
8.676 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,015 (in Mio.)²

Ressort: Hardt

¹ von PMG gewichtet 07/2024

² von PMG gewichtet 7/2024

Zwischen Resignation und Zweifel

Kaum Interesse an Bürgerdialog zur Sicherheit des Castor-Transports nach Philippsburg

Philippsburg. Stell Dir vor, der Castor-Transport kommt, und kaum jemanden interessiert es. Zumindest nicht so brennend, als dass der „Bürgerdialog“ am Mittwochabend in der Bruhrainhalle in Huttenheim auf großes Interesse gestoßen wäre.

Nur etwa 50 Bürgerinnen und Bürger aus Philippsburg und den umliegenden Gemeinden hören sich eine Stunde lang die Ausführungen zum Rücktransport hochradioaktiven Atommülls aus Frankreich an. Bis Ende des Jahres sollen vier Castor-Behälter ins Zwischenlager auf dem Kraftwerks-Gelände der Rheinschanzinsel kommen.

„Haben die Menschen resigniert?“ So weit wollte Bürgermeister Stefan Martus (ULi) nicht gehen. Er wartet vor der Bruhrainhalle auf die Besucher, die nur langsam eintrudeln. „Die meisten sind zufrieden, dass wir aus der Atomkraft ausgestiegen sind“, so sein Eindruck. Der Transport der Castoren ins Zwischenlager sei beschlossen. Viel könne man daran nicht ändern, so der Tenor in der Bevölkerung.

Martus selbst habe sich auf ein Bier verabredet, wenn der letzte Castor-Behälter aus dem Zwischenlager in ein Endlager abtransportiert werde. Illusionen, dass er das noch erleben wird, macht er sich mittlerweile keine mehr. So geht es auch einigen Zuhörern in der Bruhrainhalle.

Viel wichtiger als die Einlagerung der letzten Castoren in Philippsburg findet Heinz-Dieter Götz die bundesweite Suche nach einem Endlager. Er sitzt für die Freien Wähler im Ortschaftsrat Huttenheim. Vielleicht gibt es dazu einige

Signale, so seine Hoffnung vor Veranstaltungsbeginn.

Jörg Michels, Chef der EnBW-Kernkraftsparte, und Michael Hoffmann, Bereichsleiter der für die Zwischenlagerung zuständigen BGZ, erläutern noch einmal Details zum Rücktransport deutscher Atomabfälle und der Zwischenlagerung in Philippsburg.

Schlussendlich muss Michael Hoffmann die Zuhörer enttäuschen: „Die Castor-Behälter werden mindestens 2074 noch da sein.“ Bei der BGZ geht man bereits von einer verlängerten Zwischenlagerung aus, weil die Suche nach einem Endlager deutlich länger dauern wird. Selbst wenn man ein Endlager gefunden habe, müsse es genehmigt, errichtet und in Betrieb genommen werden, so Hoffmann.

Was in der Zwischenzeit mit den Castor-Behältern in Philippsburg passiert, will André Schmitteckert wissen. Wenn die Genehmigung 2047 auslaufe, müsse eine neue beantragt und dafür umfangreiche Nachweise für die Sicherheit erbracht werden. Dafür laufe bereits ein Forschungsprojekt, so BGZ-Presse Sprecherin Genevieve Mulack. „Diese Nachweise werden wir bringen“, bekräftigt BGZ-Bereichsleiter Hoffmann auf kritische Nachfragen.

Am 18. März 2007 wurde der erste Castor-Behälter mit radioaktiven Abfällen vom Kernkraftwerk in Philippsburg in das Zwischenlager transportiert. Seitdem gilt die Betriebsgenehmigung des Lagers. Mittlerweile sind es 102 Behälter.

Der erste Behälter wurde bereits am 1. Oktober 2001 auf dem Atomkraftwerks-Gelände beladen, darauf wies Klaus Wiesner vom Umweltministerium in Stuttgart hin. Dort wird die Rückfüh-

rung und Zwischenlagerung beaufsichtigt. Die Ablaufrist von 40 Jahren für die Genehmigung des Zwischenlagers müsste deshalb viel früher greifen, darauf wies Bürgermeister Martus bei der Veranstaltung hin.

Die Zuhörer bleiben skeptisch: „Warum brauchen wir ein Endlager, wenn die Castor-Behälter so sicher sind?“, fragt etwa Susanne Egenberger aus Oberhausen-Rheinhausen herausfordernd. Hoffmann verwies auf nachfolgende Generationen, denen man den atomaren Müll nicht hinterlassen wolle. Andere Fragen drehen sich um Reparaturmöglichkeiten, falls doch ein Behälter undicht wird. Und wie sich Brennstäbe oder die Castoren noch Jahrzehnte später verhalten, denn Langzeitbeobachtungen gibt es nicht.

Michels von der EnBW-Kernkraftsparte verwies darauf, dass bisher die beiden Deckel in dem doppelten Abdichtungssystem noch nie undicht geworden seien. Der Druck im Zwischenraum werde ständig überwacht. Im Zwischenlager gebe es Möglichkeiten, die Behälter zu untersuchen, ohne sie zu öffnen.

Susanne Egenberger ist nach der Informationsveranstaltung nur ein „bisschen beruhigt“. Sie will deshalb bei der Anti-Atom-Kundgebung am Samstag, 9. November, teilnehmen. „Das gehört für mich zur Bürgerpflicht“, sagt sie mit Blick auf kommende Generationen.

Die Kundgebung beginnt um 11.30 Uhr vorm Karlsruher Hauptbahnhof. Nach der Abfahrt um 12.28 Uhr nach Philippsburg beginnt um 12.59 Uhr eine Demo vom Bahnhof zum Marktplatz. Dort ist ebenfalls eine Kundgebung geplant.

Abbildung:

Nur wenige Zuhörer waren zum öffentlichen „Bürgerdialog“ in die Bruhrainhalle nach Philippsburg-Huttenheim gekommen. Nach den Vorträgen wurden vor allem Fragen zur Sicherheit der Behälter gestellt. Foto: Heike Schaub

Wörter:

645

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten - Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH

Autor/-in: Weiß, Holger [HOW/37]
Seite: 22
Ressort: Auer Zeitung / Auer Zeitung

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 8.697 (gedruckt)¹ 10.252 (verkauft)¹
 10.666 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,024 (in Mio.)²

¹ IVW 2/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Forschung für Atommüll-Endlager

Nach Erkundungen aus der Luft per Drohne und Hubschrauber läuft aktuell im Süden des Landkreises Zwickau die dritte Phase. Dabei kommt ein Spezialfahrzeug der TU Bergakademie Freiberg zum Einsatz. Wie das Forschungsprojekt in Langenweißbach weitergeht. Von Holger Weiß

Langenweißbach Autofahrer, die diese Woche in Langenweißbach unterwegs sind, müssen sich tagsüber auf wechselnde Straßensperrungen einstellen. Grund dafür ist das Forschungsprojekt für die Standortsuche nach einem Atommüll-Endlager in Deutschland. Nach Erkundungsflügen per Drohne und Hubschrauber werden aktuell Untersuchungen am Boden absolviert. Dafür rollt noch bis zum Wochenende ein tonnenschweres Spezialfahrzeug der TU Bergakademie Freiberg über Straßen in Langenbach, Weißbach und Grünau.

„Der Spezial-Lkw wiegt 32 Tonnen und ist ein sogenanntes Vibroseis-Fahrzeug“, erklärt Professor Stefan Buske. „Vibro“ steht für die Vibrationen, die mit dem Spezialfahrzeug erzeugt werden, „seis“ für die seismischen Messungen, bei denen der Lkw zum Einsatz kommt. Buske, Geophysiker an der TU Bergakademie Freiberg, leitet das Forschungsprojekt „GeoMeter“ zur Weiterentwicklung von geophysikalischen Messverfahren für die Endlager-Standortsuche.

In dieser Woche begleitet der Wissenschaftler das Spezialfahrzeug, das im Schritttempo durch Langenweißbach rollt. Etwa alle 50 bis 100 Meter stoppt das von zwei Technikern gesteuerte Vehikel. Dann wird eine zwischen den Achsen angebrachte Stahlplatte abge-

senkt, über die wie mit einer XXL-Rüttelplatte Schallwellen erzeugt und in den Untergrund gesendet werden.

„Die Schallwellen reichen fünf, sechs Kilometer tief in die Erde. Für unsere Zwecke reichen aber zwei bis drei Kilometer“, sagt Buske. Die Schallwellen werden von Objekten im Untergrund reflektiert und an der Oberfläche von Sensoren registriert. Von diesen Sensoren – gelbe Kästchen von der Größe einer Zigarettschachtel – haben Buske und sein Team 1200 Stück im Abstand von 20 bis 40 Metern in Langenweißbach platziert. Nächste Woche werden die Sensoren eingesammelt, anschließend die Messdaten ausgelesen, um daraus ein genaues Bild des Untergrundes zu erstellen. Etwa ein halbes Jahr werden die Wissenschaftler dafür benötigen, schätzt der Geophysiker.

Aktuell läuft in Langenweißbach Phase 3 des im Frühjahr gestarteten „GeoMeter“-Projektes. Damit will die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die das neun Millionen Euro teure Vorhaben finanziert, geophysikalische Messverfahren weiterentwickeln, die bei der Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager helfen sollen.

Phase 1 war im Frühjahr mit Erkundungsflügen per Drohne absolviert worden, Phase 2 Ende September per Hubschrauber, mittels angehängter Messsonde. Phase 4 steht Langenweißbach voraussichtlich 2026 bevor: Sind die Daten ausgewertet, folgen Bohrungen. Messungen und Gesteinsproben aus Tiefen zwischen 600 bis 1500 Metern sollen die bisherigen Erkenntnisse präzisieren. „Damit liegen wir im Zeitplan“, sagt Stefan Buske zum Ablauf des

sechsjährigen Forschungsprojektes.

Doch weshalb wurde Langenweißbach dafür überhaupt ausgewählt? Schließlich ist die Gemeinde im Süden des Landkreises, zwischen Kirchberger Granit und Wildenfelser Zwischengebirge, als potenzieller Standort eines Atommüll-Endlagers doch längst ausgeschieden.

Grund ist der sogenannte „Rote Kamm“, eine bereits zu DDR-Zeiten erkundete geologische Störungszone, die sich von Ostthüringen bis ins Westerzgebirge erstreckt. Der „Rote Kamm“ durchzieht das gesamte Gebiet von Langenweißbach, weshalb hier Forschungen für Erkundungsstrategien als besonders Erfolg versprechend gelten. Ziel der Forschungen ist, mit optimierten Erkundungsverfahren bei der Standortauswahl Störungszone und damit Ausschlusskriterien zweifelsfrei zu erkennen.

Verlauf und Ergebnisse dieser Forschungen werden ein paar Kilometer weiter westlich, in Kirchberg, aufmerksam verfolgt. Im Gegensatz zu Langenweißbach ist die Stadt, die dem Kirchberger Granit ihren Namen gibt, als Untersuchungsgebiet im Rahmen der Standortsuche für ein Endlager noch nicht ausgeschieden. Wie dieses Auswahlverfahren abläuft, ist Thema einer Infoveranstaltung am 19. November in Kirchberg. Geophysiker Stefan Buske wird dabei sein und auch über die Forschungen in Langenweißbach berichten.how

„Die Schallwellen reichen fünf, sechs Kilometer tief in die Erde.“

Stefan Buske Geophysiker

Abbildung: Das Spezialfahrzeug der Bergakademie wiegt 32 Tonnen. Mittels der Platte zwischen den Achsen 2 und 3 sendet es Schallwellen in den Untergrund, die dort reflektiert und von Sensoren registriert werden. Foto: Ralf Wendland

Fotograf/-in: Ralf Wendland

Abbildung: 1200 der gelben Sensoren wurden für die seismischen Messungen auf dem Gebiet von Langenweißbach platziert. Foto: Ralf Wendland

Fotograf/-in: Ralf Wendland

Wörter: 622

Urheberinformation: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG